

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 757

Mittwoch, .22 Juni 2022

29. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Angriffe auf Richter Gálvez beeinträchtigen die Rechtsstaatlichkeit, die Demokratie und die Unabhängigkeit der Justiz.....	1
Guatemala: Impfstoffmangel und epidemiologischer Alarm wegen COVID-19.....	2
Zwischen Hoffen und Furcht: María Choc vor Gericht.....	4
MINEDUC: Drei Jahre, um das während der Pandemie fehlende Wissen nachzuholen?.....	4
Guatemala hat den Atomwaffenverbotsvertrag ratifiziert.....	6

Angriffe auf Richter Gálvez beeinträchtigen die Rechtsstaatlichkeit, die Demokratie und die Unabhängigkeit der Justiz

Guatemala, 16. Juni - Das Plenum des Obersten Gerichtshofs (CSJ) hat in seiner Sitzung am 15. Juni einen Antrag der Stiftung gegen den Terrorismus für eine vorläufige Anhörung gegen den Richter Miguel Ángel Gálvez behandelt. Richterin Zonia de la Paz Santizo, Mitglied der Dritten Kammer des Berufungsgerichts, wurde zur Ermittlungsrichterin ernannt. Paz Santizo wird den Beschwerdeführer und die von Richter Gálvez erhobenen Vorwürfe anhören und anschließend Empfehlungen an den CSJ abgeben, der wiederum in einer Plenarsitzung über die Aufhebung oder Aufrechterhaltung seiner Immunität entscheiden wird.

Seit dem 11. Mai hatte der Präsident der Stiftung gegen den Terrorismus (FCT), Ricardo Méndez Ruiz, damit gedroht, Richter Gálvez anzuzeigen, nachdem er an der Anhörung teilgenommen hatte, in der der Richter beschloss, neun ehemalige Militärs und Polizisten vor Gericht zu stellen, die im Fall Diario Militar wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt sind. In der von der FCT eingereichten Beschwerde werden dem Richter Amtsmissbrauch, Pflichtverletzung und unrechtmässige Festnahmen unter erschwerenden Umständen vorgeworfen.

Seit dem Tag, an dem die FCT Richter Gálvez bedrohte, ersuchte er den CSJ, sich zu den Nötigungen und Drohungen zu äussern, denen er bei der Ausübung seiner richterlichen Tätigkeit ausgesetzt war, und forderte ausserdem, dass das Gericht Schutzmassnahmen ergreift und seine richterliche Unabhängigkeit garantiert. Diesem Ersuchen wurde von den Richter*innen des Gerichtshofs nicht entsprochen.

Das Ziel dieser Aktivitäten ist offenbar die Schwächung des Justizsystems und der Fälle, die von kriminalisierten Richter*innen verhandelt werden. So sagte der Präsident der Zentralamerikanischen Richtervereinigung für Demokratie, Haroldo Vásquez, es sei besorgniserregend für das demokratische System, dass unabhängige Richter, die im Einklang mit dem Gesetz handeln, kriminalisiert würden. "Richter Gálvez ist ein Sinnbild für die Unabhängigkeit der Justiz, da er diese Fälle auf transparente und demokratische Weise behandelt", sagte Vásquez und fügte hinzu, dass diese Art der Kriminalisierung beachtet werden sollte. "Es ist besorgniserregend, da dies eine Form des Angriffs oder der Vergeltung gegen das unabhängige Handeln von Richter*innen wie Gálvez ist, die an vorderster Front im Kampf gegen die Korruption stehen", betonte Vásquez und fügte eine weitere Sorge hinzu: "Die Tatsache, dass die Anprangerungen und Ermittlungsverfahren gegen Richter*innen systematisch instrumentalisiert werden, schwächt die Verfahren, die sie verhandeln; es beeinträchtigt die Rechtsstaatlichkeit, den Aufbau der Demokratie und die Unabhängigkeit der Justiz. Abgesehen von den persönlichen Auswirkungen, beeinträchtigt es den Schutz der Menschenrechte der Bevölkerung, da die Richter*innen nicht in Ruhe arbeiten können, um Recht zu sprechen.

Die Kriminalisierung unabhängiger Richter*innen ist eine Konstante

Richter Miguel Ángel Gálvez ist der dritte Richter, dem die Immunität entzogen werden soll. Zuvor war bereits Richter Pablo Xitimul wegen eines Strafverfahrens gegen ihn aus dem höchsten Risikogericht entfernt worden, und Richterin

Erika Aifán ging ins Exil, nachdem sie vom Institut der Magistrat*innen angezeigt worden war, weil sie angeblich rechtswidrige Beschlüsse zur Untersuchung von Telefongesprächen zwischen Richter*innen und Staatsanwält*innen gefasst hatte, denen Korruption vorgeworfen wurde. Die Aufhebung der Immunität von Richter Gálvez fällt mit der Klage des Nationalen Büros zur Verhütung von Folter im Präsidentialamt gegen die ehemalige Generalstaatsanwältin Claudia Paz y Paz und die Staatsanwältin Elena Sut Ren von der Staatsanwaltschaft für Menschenrechte zusammen, weil diese angeblich eine selektive Strafverfolgung gegen ehemalige Militärangehörige eingeleitet hatten, denen Verbrechen gegen die Menschlichkeit während des internen bewaffneten Konflikts in den 1980er Jahren vorgeworfen wurden.

Die Solidaritätsbekundungen für Richter Gálvez haben nicht lange auf sich warten lassen, viele Menschen und Organisationen haben in den sozialen Netzwerken ihre Unterstützung zum Ausdruck gebracht. So bekundeten die indigenen Ixil-Gemeinden von Quiché ihre Solidarität mit ihm. (Prensa Comunitaria)

Guatemala: Impfstoffmangel und epidemiologischer Alarm wegen COVID-19

Guatemala, 16. Juni - Guatemala ist nach wie vor das letzte Land in der zentralamerikanischen Region, was die COVID-19-Impfquote betrifft und ist weit davon entfernt, das WHO-Ziel zu erreichen, bis Mitte 2022 70 Prozent der Bevölkerung zu impfen. Zusätzlich zu den Rückständen gibt es einen Impfstoffmangel, nachdem 8,3 Millionen Dosen verloren gegangen sind – und das inmitten eines epidemiologischen Alarms aufgrund einer neuen Sub-Variante von Omikron. (...)

Nach Angaben von Laboratorio de Datos, einer Denkfabrik, die die Pandemielage überwacht, haben nur 48,3 Prozent der guatemaltekischen Bevölkerung eine Dosis eines COVID-19-Impfstoffs erhalten und 36,5 Prozent zwei Dosen. Damit ist Guatemala weit von dem Ziel der Weltgesundheitsorganisation (WHO) entfernt, bis Mitte 2022 eine Impfquote von 70 Prozent zu erreichen, die nötig wäre, um die Pandemie einzudämmen. Ausserdem sind nur 16,3 Prozent der guatemaltekischen Bevölkerung ein drittes Mal geimpft, und die meisten von ihnen befinden sich im Departement Guatemala. In einem kürzlich von Laboratorio de Datos im Rahmen der Initiative "Impfung für alle!" veröffentlichten Artikel wird darauf hingewiesen, dass in der Gemeinde Guatemala 80 Prozent der Bevölkerung vollständig geimpft sind, während in 171 Gemeinden die Impfquote weniger als 50 Prozent beträgt.

Vor dem Hintergrund der geringen Durchimpfungsrates im Land hat das Gesundheitsministerium am 16. Juni einen epidemiologischen Alarm ausgerufen, da die Zahl der COVID-19-Fälle aufgrund der Omikron-Sub-Variante gestiegen sei. Laut einer Erklärung spiegelt sich diese Situation in der Zunahme der Krankenhausbelegung vom 8. bis 14. Juni wider, in der der Prozentsatz der stationär behandelten Personen von 2,69 auf 4,09 und der Prozentsatz der stationär behandelten schwer erkrankten Patient*innen von 2,63 auf 5,59 Prozent anstieg.

Karin Slowing, Mitarbeiterin von Laboratorio de Datos, erklärte, dass am 3. Juni die Zahl der positiven Tests im Land bei 15 Prozent lag. "Wir stehen vor einer neuen Welle, die aber glücklicherweise nicht so gravierend ist wie frühere Wellen. Und das hat sehr viel mit der Frage der Impfung zu tun", sagte sie. Den jüngsten Daten zufolge liegt die Rate der positiven Tests bereits bei über 25 Prozent, insbesondere in der Hauptstadt, und erreicht damit einen Pandemie-Höchststand. Die geringere Schwere der Welle in der Zentralregion im Vergleich zu 2021 führte Slowing auf die Tatsache zurück, dass die Impfquoten in der Gemeinde Guatemala sogar bei 80 Prozent lägen. In den Städten gäbe es höheren Kapazitäten für Tests und die Identifizierung von Fällen, und angesichts der hohen Impfquote sei es verständlich, dass die Inzidenz nicht so dramatisch sei wie in früheren Jahren.

Ganz anders sieht es in ländlichen Gebieten aus, wo die einheimische Bevölkerung weniger geimpft ist und bei komplizierten Fällen weniger Zugang zu Versorgungsdiensten haben, sodass die Sterbewahrscheinlichkeit höher ist.

Lesly Ramírez vom Netzwerk der Kommunalen Verteidiger*innen für das Recht auf Gesundheit wies darauf hin, dass die Impfsituation in den ländlichen Gebieten nach wie vor kompliziert sei, nicht nur wegen des Widerwillens der Menschen, sich impfen zu lassen, sondern vor allem wegen der Fehlinformationen und anderer Probleme im Zusammenhang mit der Logistik der Dienste. Ramírez erinnerte daran, dass viele Impfstoffe erst kurz vor dem Verfallsdatum ankämen, was viele Gesundheitsdienste und Bezirksdirektionen dazu veranlasste, sie nicht mehr entgegen zu nehmen, vor allem, weil das Gesundheitsministerium bei Verlust einiger Chargen dem Gesundheitspersonal die Kosten in Rechnung stellen wolle.

Laut Slowing steht das Land derzeit vor dem Problem mangelnder Impfstoffe, da laut ihrer Recherche nur noch 725.000 Dosen von Pfizer übrig sind. Angesichts der grossen Impflücke ist dies keine bedeutsame Menge. Laboratorio de Datos wies Anfang Juni darauf hin, dass der Kongress der Republik im Jahr 2022 1.036,9 Mio. Q (etwa 125,24 Mio. €) für den Erwerb weiterer Impfstoffe bewilligt hat, das Gesundheitsministerium jedoch bis zum 1. Juni nur Verträge über 139,2 Mio. Q (ca. 16,81 Mio. €) für den Erwerb von Impfstoffen unterzeichnet hatte. Nach Angaben der Denkfabrik sind 8,36 Millionen Dosen abgelaufen, was für den Staat einen Verlust von 789 Millionen Q (ca. 95,3 Mio. €) bedeutet.

Dr. Adrián Chávez, ehemaliger stellvertretender Gesundheitsmeister (in der Zeit von Lucrecia Hernandez Mack) und Analyst im Institut für Nationale Probleme der Universität San Carlos (IPNUSAC), wies seinerseits darauf hin, dass es seit Beginn der Pandemie einige Anzeichen für Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Impfstoffen gegeben habe und dass der Grossteil der bereitgestellten finanziellen Mittel für den Kauf von Sputnik-Impfstoffen verwendet wurde. Leider führten jedoch die verschiedenen Verzögerungen bei der Lieferung dieser Impfstoffe und die "offensichtliche" Ablehnung dieses Impfstoffs durch einen Teil der Bevölkerung dazu, dass die Versorgung und die Impfung selbst auf nationaler Ebene praktisch von den Spenden befreundeter Länder und der Unterstützung von Einrichtungen wie COVAX abhängen, so Chávez.

COVAX ist ein globaler Mechanismus, der von der Weltgesundheitsorganisation (WHO), der Globalen Allianz für Impfstoffe und Immunisierung (GAVI) und der Koalition für die Förderung von Innovation bei der epidemischen Prävention (CEPI) koordiniert wird. Er ermöglicht einen gerechten Zugang zu Impfstoffen gegen COVID-19 und ermöglichte Guatemala den Zugang zu Millionen von Impfstoffen. Der Kauf von 16 Millionen Sputnik-Impfstoffen aus dem russischen Fonds war für die Regierung ein Skandal, der aufgrund der undurchsichtigen Vertragsabwicklung im Gesundheitsministerium sogar zu mehreren Klagen gegen Beamt*innen führte. Guatemala erhielt die Impfstoffe nicht nur verspätet, sondern die letzten vorrätigen Chargen liefen Ende April 2022 ab.

Neue Massnahmen wurden übereilt getroffen

Eine weitere Wendung der Pandemie war im Mai 2021, als die Regierung die 2020 getroffenen Massnahmen zur Eindämmung der Pandemie aufhob. Dies führte nach Ansicht von Ramírez zu einem mangelnden Interesse der Bevölkerung an der Pandemie. Sie wies darauf hin, dass die neue Omikron-Sub-Variante zu einem Infektionsanstieg führte, allerdings nicht in so überwältigendem Ausmass wie zuvor. "Das hat zu einer Art Fata Morgana geführt, dass nichts passiert. Im Allgemeinen sprechen die Menschen nicht mehr über dieses Thema. Wenn sie krank werden, kümmern sie sich zu Hause um sich selbst und das war es dann", sagte sie.

Die Entscheidung der Zentralregierung, die gesamte Verantwortung für die Bekämpfung der Pandemie dem Gesundheitsministerium und der Bevölkerung selbst zu übertragen, war nach Ansicht von Dr. Adrian Chávez eine übereilte Entscheidung, die in der Gesellschaft die Vorstellung verankerte, dass wir die Pandemie bereits überwunden hätten und zur "Normalität" zurückgekehrt seien. Dies führte dazu, dass sowohl die Bevölkerung als auch die Kontrollinstitutionen bei der Einhaltung der Massnahmen nachliessen, und zwar genau zu dem Zeitpunkt, als eine stärker ansteckende Untervariante des Virus bereits im Land zirkulierte und die Impfquote recht niedrig war. Dadurch wurden die Bedingungen geschaffen, die uns heute einen erneuten Anstieg der Fälle bescheren, so der Mediziner.

Trotz des Anstiegs der Fälle wurde in der letzten COVID-19-Gesundheitswarnung, die von der Regierung am 11. Juni veröffentlicht wurde, festgestellt, dass nur zwei Gemeinden im ganzen Land Alarmstufe Rot haben: Sololá und Concepción las Minas; 217 haben Alarmstufe Gelb, 120 Alarmstufe Orange und eine Gemeinde, die Hauptstadt des Departements San Marcos, hat Alarmstufe Grün. Die Regierung wies in ihrer jüngsten Aktualisierung darauf hin, dass angesichts der Zunahme der Fälle mit einer erheblichen Änderung der Tabelle zu rechnen sei und die Zahl der Gemeinden, für die Alarmstufe Orange gilt, steigen werde.

Keine Impfstoffe für Kinder

Eines der Beispiele für die mangelnde Verfügbarkeit von Impfstoffen ist der Fall der Kinder. Im vergangenen März kündigte die Regierung von Alejandro Giammattei an, dass sie mit der Impfung von Kindern zwischen 6 und 11 Jahren beginnen werde. Dem Gesundheitsministerium sind jedoch die Dosen ausgegangen, um etwa eine halbe Million Kinder zu impfen, die ihre erste Dosis erhalten haben. "...Was werden sie mit ihnen machen, sie müssen Moderna für sie einsetzen, weil es keine Studien über heterologe Kombinationsimpfungen für diese Altersgruppe gibt", sagte Slowing. Die Regierung hatte ihre Entscheidung, mit der Impfung von Kindern zu beginnen, auf medizinische Studien gestützt, die in Europa von der Europäischen Arzneimittelagentur durchgeführt wurden.

Lesly Ramirez wies darauf hin, dass es keine Informationen der Regierung über die Verfügbarkeit von Impfstoffen gebe. Sie sagte, dass sie zum Beispiel ihren Sohn nicht impfen lassen konnte, weil man ihr bei den Impfstellen sagte, dass es keinen Impfstoff gebe. Jetzt, sagt sie, gibt es keine Klarheit darüber, ob eine bestimmte Charge von Dosen für Kinder kommt, was der Impfstoff sein wird und wie er verteilt wird, "es gibt viele Falschinformationen zu diesem Thema", sagte sie.

Die Data Lab-Analystin Karin Slowing fragte sich, "warum Guatemala das einzige Land zu sein scheint, das nicht kaufen kann? Ich denke, dass es nicht kaufen will und auf Spenden wartet", sagte sie.

Das Gesundheitsministerium wurde über seine Kommunikationsabteilung gefragt, ob es plant, in naher Zukunft weitere Chargen von Covid-Impfstoffen und biologischen Arzneimitteln für Kinder zu kaufen, aber zum Zeitpunkt der Drucklegung lag noch keine Antwort vor. (Prensa Comunitaria)

Zwischen Hoffen und Furcht: María Choc vor Gericht

Puerto Barrios, 16. Juni - Am heutigen Mittwoch fand die fünfte Anhörung gegen María Choc im Saal A der öffentlichen Debatten der Justizbehörde von Puerto Barrios, Izabal, unter der Leitung des Richters Jesús Mazariegos statt. Ihre Zukunft bleibt jedoch in der Schwebe, da sie bis zum 23. Juni um 11 Uhr warten muss, um die endgültige Entscheidung des Richters zu erfahren. Trotzdem versicherte María beim Verlassen der Anhörung, dass sie ruhig sei und auf ein Urteil zu ihren Gunsten hoffe.

Im März 2018 wurde María Magdalena Choc wegen des Vorwurfs der schweren Amtsanmassung, der Bedrohung und der illegalen Inhaftierung festgenommen. Sie wurde für eine Veranstaltung angeklagt, die am 19. Dezember 2016 nach einer Räumung von 58 Q'eqchi'-Familien auf dem Chab'il Ch'och'-Gelände registriert wurde. Nach Angaben von Choc begleitete sie an diesem Tag die vertriebenen Familien als Übersetzerin, wurde jedoch von der Firma Lisbal, S.A., die sich als Eigentümerin der Farm ausgab, zu Unrecht beschuldigt. Zwei Tage nach ihrer Verhaftung wurde Choc unter Auflagen (Hausarrest und einem Verbot, das Departement Izabal zu verlassen) aus der Untersuchungshaft entlassen. Seitdem hat sie ein vierjähriges Verfahren hinter sich, das durch ständige Verzögerungen seitens der Staatsanwaltschaft sowie des zuständigen Richters gekennzeichnet war. Darüber hinaus hat María Choc immer wieder Verfolgung durch verdächtige Autos, Morddrohungen über soziale Netzwerke und Schikanen angezeigt, die zu schweren gesundheitlichen Problemen führten.

In der fünften Anhörung, die um 8.45 Uhr begann, hörte der Richter nur die Aussage eines Zeugen der Staatsanwaltschaft (MP). Sie wurde virtuell übertragen, da dieser sagte, er sei ausser Landes. Der von der Ermittlungsbehörde vorgeschlagene Zeuge gab sich als ehemaliger Verwalter des Bauernhofs zu erkennen, der dem Unternehmen Lisbal, S.A. gehört, dem Unternehmen, das María Choc derzeit beschuldigt. Die Verteidigung der Übersetzerin wurde ebenfalls in die Anhörung einbezogen. Die Anwältin Wendy López legte mehrere Dokumente vor, um die Unschuld der Angeklagten für eine Tat zu beweisen, an der sie nie beteiligt war.

Die Staatsanwaltschaft beantragte bei Richter Mazariegos, Choc wegen schwerer Amtsanmassung zu sieben Jahren Gefängnis zu verurteilen. Der Vertreter der Ermittlungsbehörde erklärte, es lägen genügend Beweise vor, um sie zu verurteilen. Laut ihrem Plädoyer betrat María Choc am 19. Dezember 2016 zusammen mit 60 schwer bewaffneten Personen die Isabel-Farm und bedrohte die dort Arbeitenden.

Die Übersetzerin der Q'eqchi' meldete sich ebenfalls in der Anhörung zu Wort und brachte zum Ausdruck, dass es sie "schmerzt", dass es indigene Menschen gibt, die falsch gegen sie aussagten. "Ich bin unschuldig an dem, was mir vorgeworfen wird, und ich habe die Hoffnung, dass Sie mir meine Freiheit zurückgeben werden", bat sie den Richter Jesús Mazariegos. María war in mehreren Fällen Übersetzerin für jene Q'eqchi', die kein Spanisch sprechen und kriminalisiert werden. Sie begleitet auch Frauen und ältere Frauen bei der Verteidigung ihrer Rechte. Sie hat eine starke Persönlichkeit und spricht deutlich und langsam, mit einem ausgeprägten Selbstbewusstsein in Stimme und Gestik. Sie sagt, sie habe keine Angst vor den Folgen ihrer Arbeit als Menschenrechtsverteidigerin, aber sie fürchte den Verlust ihrer Freiheit. (Prensa Comunitaria)

MINEDUC: Drei Jahre, um das während der Pandemie fehlende Wissen nachzuholen?

Guatemala, 17. Juni - Die technische Vizeministerin für Bildung, Edna Portales, räumte in einem Interview mit Prensa Libre ein, dass sich die Pandemie negativ auf die schulischen Leistungen ausgewirkt habe und das Land im günstigsten Fall drei Jahre brauchen werde, um den Rückstand aufzuholen. (...)

Auf welchem Lernniveau befinden sich die Schüler*innen nach zwei Jahren ausserhalb des Klassenzimmers?

In der Mitte der Pandemie führte das Bildungsministerium eine diagnostische Bewertung durch. Die Schüler*innen wurden bewertet, sodass nun Ergebnisse vorliegen, wie die Kinder von der Vorschule bis zur Sekundarstufe in den Fächern Kommunikation, Sprache und Mathematik abschneiden. Wir haben einen Lernverbesserungsprozess durchgeführt, der auf den Evaluationen der Schulen basiert, d.h. welche Kinder lagen zwischen Stufe eins und zwei (Fähigkeiten, die hinter den Erwartungen zurückblieben). (...) Wir arbeiten auch daran, Kindern in der zweiten, dritten und vierten Klasse der Grundschule zu helfen - durch Nachhilfeunterricht durch Alumni. Die Studierenden des Seminars werden in den Prozess der Lernverbesserung einbezogen (...) - und auch Freiwillige aus dem Zivildienst, Aktive des Nationalen Jugendrates (CONJUVE) und Studierende aus dem akademischen Programm und der beruflichen Weiterbildung sind an diesem Prozess beteiligt. Dazu müssen sie sich anmelden und angeben, an welcher Schule sie Nachhilfe geben und in welchem Bereich sie tätig sein werden: Kommunikation und Sprache oder Mathematik. In einem zweiten Schritt durchlaufen sie einen Schulungs- und Einarbeitungsprozess, um die Kinder zu unterstützen, und in dieser Phase befinden sie sich jetzt.

Wie bereiten sich die Absolvent*innen auf die Teilnahme an den Tutorien vor?

Wir überprüfen, ob die jungen Leute diesen Einführungs- und Ausbildungsprozess zu Hause absolvieren, sodass wir sie als Tutor*innen für Kommunikation und Sprache und Mathematik zertifizieren können. Es gibt ein Registrierungsverfahren. Für das Verfahren gibt es eine spezielle Plattform.

Wann sollten sie mit der Nachhilfe beginnen?

Die Ausbildung sollte am 15. Juni enden, und die Idee ist, dass wir praktisch nach diesem Datum mit den Schüler*innen im Klassenzimmer beginnen können. Der Prozess findet von Angesicht zu Angesicht statt.

Am Anfang hiess es, dass Minderjährige virtuell unterrichten können. Ist das immer noch der Fall?

Nein. Bei Minderjährigen sowie Wochenend- und Abendschüler*innen besteht die Möglichkeit, die Kinder mit Materialien zu unterstützen. Es gibt eine ganze Reihe von Materialien, die sie herstellen können, um den Kindern bei der Durchführung ihrer Übungen und Lernaktivitäten zu helfen. Dies gilt nur für öffentliche Schulen, aber wir haben Anfragen von Privatschulen erhalten, die sich anschliessen wollen. Die ministerielle Vereinbarung besagt aber, dass sie im Falle von Privatschulen das Seminar wie im letzten Jahr fortsetzen müssen.

Die Weltbank legte 2021 einen Bericht vor, in dem sie davor warnte, dass bei einer längeren Schliessung der Schulen in Guatemala 1,5 Jahre Schulbildung verloren gehen würden. Wie will das Bildungsministerium diese Zeit und das nicht erreichte Lernen nachholen?

Wir waren vor Ort und haben festgestellt, dass die Lehrenden verschiedene Techniken anwenden. Viele von ihnen waren kreativ und wir haben eine Zusammenstellung erfolgreicher Erfahrungen, die sie mit ihren Schüler*innen gemacht haben. Natürlich sind wir uns bewusst, dass wir in den Bereichen Kommunikation und Sprache sowie Mathematik einen Schwerpunkt setzen müssen, denn in gewisser Weise besteht ein wesentlicher Unterschied zwischen der Arbeit auf Distanz und der Arbeit in Präsenz. Die Ergebnisse (der diagnostischen Bewertung) der Stufen eins und zwei sind ausschlaggebend dafür, welche Schüler*innen mehr Unterstützung benötigen.

Wie lange könnte es dauern, bis das durch die Pandemie nicht erreichte Wissen wiederhergestellt ist?

Wenn wir uns die Analysen der verschiedenen Untersuchungen ansehen, so beziehen sich einige Erhebungen auf zwei oder sogar drei Jahre. Ich denke jedoch, dass es sehr stark davon abhängt, wie bewusst mit den Schüler*innen gearbeitet wird, welche Unterstützung die Eltern geben und wie gut die Materialien sind, mit denen die Kinder beim Lesen, Schreiben und vor allem in der Mathematik unterstützt werden können.

Viele Schüler, die sich im zweiten Jahr der Grundschule befinden, haben die Lese- und Schreibfähigkeiten, die sie im ersten Jahr der Grundschule hätten erwerben sollen, nicht erreicht, weil sie in diesen beiden Jahren keinen Unterricht hatten.

Aus diesem Grund richtet sich die Massnahme an Grundschüler der zweiten Klasse. Für die Lehrkräfte ist es wichtig, auf dem aufzubauen, was die Lehrkraft der ersten Klasse erarbeitet hat, und mit den anderen Lehrkräften zusammenzuarbeiten, um ein umfassendes Angebot für die Schüler*innen zu erstellen. Dies müssen wir auch in der Urlaubszeit tun. Niemand war darauf vorbereitet, und so wurden verschiedene Massnahmen ergriffen. Wir müssen zusammenzuarbeiten und ganzheitlich reagieren, um die Kinder zu unterstützen.

Wie wird sich das auf das Lernen der Kinder in den folgenden Schuljahren auswirken?

Auf der Ebene der Schulen selbst wurde bereits eine diagnostische Bewertung vorgenommen. Wir haben gesehen, wie es den Kindern geht und wer mehr Unterstützung braucht. Wir haben auch Kinder mit Seh- und Hörbehinderungen. Wenn wir über die Vorschule im Allgemeinen sprechen, haben wir nicht die Vorstellung, dass sie bereits lesen und schreiben lernen, sondern es gibt spezifische Kompetenzen für die Vorschulstufe, die das Kind ganzheitlich auf die erste Klasse vorbereiten sollen. Das Gesetz legt das Alter für den Eintritt in die erste Klasse auf 6 Jahre und 6 Monate fest.

Die Pandemie führte auch zu Studienabbrüchen.

Definitiv ja. Erinnern wir uns daran, dass viele Familien Angehörige verloren haben, die die Ernährer*innen ihrer Familien waren, und dass junge Menschen, die vielleicht im letzten Jahr ihrer Schule waren, arbeiten gehen mussten, um ihren Haushalt zu unterstützen. Infolgedessen ist eine Suchbrigade im Einsatz, und es gibt eine ministerielle Vereinbarung (504-2022), die es uns ermöglicht, nach den Jugendlichen zu suchen, die aus verschiedenen Gründen das Bildungssystem verlassen mussten. Allein im April wurden mehr als 9.000 Schüler*innen im Sekundarbereich und mehr als 12.000 Schüler*innen in der nicht-formalen Bildung eingeschrieben. Dies ist wichtig, denn im Falle des Teilsystems "Ausserschulische Bildung" werden die Schüler zu jeder Zeit des Jahres aufgenommen. Es erleichtert auch die Tatsache, dass für den Fall, dass manche Studien nicht dokumentiert sind, die Bewertungsprozesse durchgeführt werden, um zu überprüfen, welche Note ihnen entspricht. Für uns ist es wichtig, jungen Menschen dabei zu helfen, ihre berufliche Laufbahn zu beenden, und wir wissen, dass die Schule immer ein Schutzfaktor für Kinder und Jugendliche ist.

Welche Stufe war am stärksten von der Abbrecherquote betroffen?

Die Mittelstufe, wo viele junge Menschen gezwungen waren, arbeiten zu gehen. (...)

Welche anderen Massnahmen ergreift das Bildungsministerium neben dieser aktiven Suche, um Studierende wieder in das Bildungssystem einzugliedern?

Es gibt Englisch-Stipendien, die derzeit jungen Menschen in der Sekundarstufe zur Verfügung gestellt werden, um sie zu motivieren; es gibt etwa 5.883 Stipendien. Sie haben die Möglichkeit, ihr elektronisches Gerät und ihre Sendezeit zu

kaufen und das Stipendium fortzusetzen, um sich weiterzubilden und auf dem Arbeitsmarkt Fuss zu fassen.

Und um die digitale Kluft zu schliessen?

In diesem Jahr stellen wir 1.896 Schulen Technologie zur Verfügung. Sie erhalten einen Koffer mit 25 Tablets, Lautsprechern und einem Gerät mit Material, das die Lehrkraft verwenden kann. 300 Schulen, die über keinen Strom verfügen, erhalten Photovoltaikanlagen und einen Bausatz für die Technik im Klassenzimmer. Schulen mit mehr als 300 Schülern erhalten drei Koffer mit Tablets, sowie einem Gerät, das kein Internet benötigt, aber alles enthält, was Lehrende mit ihren Schüler*innen nutzen können.

Welche Schulen sind die Begünstigten?

Bevor wir mit dem Kauf dieser Technologie begannen, wurde eine Analyse durchgeführt, um die Schulen zu priorisieren, und wir erstellen laufend ein Verzeichnis der Schulen, die bereits über Technologie im Klassenzimmer verfügen, damit die Unterstützung nicht nur für dieselbe Einrichtung gilt, sondern alle die gleichen Möglichkeiten haben.

Ist es die epidemiologische Ampel, die anzeigt, wann Schüler in die Schule kommen sollten?

(...) Das Ministerabkommen 1600-2022 legt die Normen fest, die wir als Bildungsministerium einhalten; dieses Abkommen gilt für alle Stufen und Modalitäten der Bildung. Im Grunde genommen sind die Regeln dieselben: Masken tragen, Abstand halten, die Räume bei Tageswechsel reinigen, Biosicherheitsprotokolle anwenden.

Einige Eltern zögern, ihre Kinder in die Schule zu schicken, weil es keine Covid-19-Impfstoffe für Kinder gibt. Müssen die Schüler*innen persönlich am Unterricht teilnehmen?

Es ist definitiv nicht obligatorisch. In diesem Sinne respektieren wir die besondere Situation der Eltern, aber wir laden sie ein, in die Schule zu kommen, wegen allem, was den Austausch mit Lehrkräften und Mitschüler*innen beinhaltet. Wir wurden von Epidemiolog*innen nicht nur bei der Ausarbeitung von Protokollen, sondern auch bei dem gesamten Prozess der rechtzeitigen Reaktion auf Gesundheitskontrollen in Schulen begleitet.

Werden die Prüfungen wie im letzten Jahr online durchgeführt?

Wir haben bereits damit begonnen, und ja, das Verfahren wird sowohl online als auch in Präsenz durchgeführt.

Werden die Abschlussfeiern persönlich stattfinden?

Dies hängt von den Gesundheitsvorschriften ab, aber grundsätzlich achten wir immer darauf, dass den Eltern keine unangemessenen Kosten in Bezug auf das Seminar oder den Abschluss entstehen. (Prensa Libre)

Guatemala hat den Atomwaffenverbotsvertrag ratifiziert

Guatemala, 13. Juni - Etwas mehr als eine Woche vor Beginn der ersten Tagung der Vertragsstaaten des UN-Vertrags über das Verbot von Atomwaffen (TPNW) freue ich mich, Ihnen mitteilen zu können, dass der Vertrag einen neuen Vertragsstaat gewonnen hat: Guatemala! Mit dieser Ratifizierung hat der Vertrag auch einen aufregenden neuen Meilenstein erreicht: Zentralamerika ist nun die erste gesamte Region, die dem TPNW beigetreten ist. Dies ist ein starkes Signal an die atomar bewaffneten Staaten, dass die Unterstützung für eine Welt ohne Atomwaffen wächst. Wie Maria Eugenia Villarreal (eine langjährige ICAN-Aktivistin aus Guatemala) es ausdrückt: "Die Staaten der Region sind Vorreiter auf dem Weg zu einer atomwaffenfreien Welt. Nuklearwaffen sind eine globale Bedrohung. Sie müssen vollständig abgeschafft werden." (ICAN-Newsletter)

¡Fijáte!

vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein **¡Fijáte!**, registriert in CH-2502 Biel, c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnent: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnent 85.-CHF

Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6